

Sekretärs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Genossen Leonid Iljitsch Breschnew.

Die Partei- und Staatsdelegationen stellten die volle Übereinstimmung der Ansichten und Identität ihrer Standpunkte zu den erörterten internationalen Fragen fest.

Beide Seiten werden auch künftig mit ganzer Kraft zur weiteren Stärkung und Vervollkommnung der politischen und militärischen Organisation des Warschauer Vertrages sowie der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe beitragen. Dies entspricht voll und ganz den Lebensinteressen unserer Völker.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Bulgarien werden auch weiterhin in der internationalen Arena im Kampf für die gemeinsamen Ziele, die sowohl den nationalen Interessen beider Staaten als auch den gemeinsamen internationalen Interessen der sozialistischen Gemeinschaft und aller Kräfte des Friedens und des Fortschritts entsprechen, eng Zusammenwirken.

Sie sind überzeugt, daß sich der Prozeß der Umgestaltung der internationalen Beziehungen auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, ungeachtet der Versuche der reaktionären Kräfte des Imperialismus, die Gesundung des internationalen Klimas zu behindern, fortsetzt. Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Bulgarien leisten ihren Beitrag zum gemeinsamen Kurs der sozialistischen Länder auf Vertiefung der internationalen Entspannung und ihre Ausdehnung auf alle Kontinente.

Beide Seiten hoben die weitreichende Bedeutung der Bukarester Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages vom November 1976 hervor und bekräftigten ihre Entschlossenheit, aktiv zur Verwirklichung der Aktionsziele der Bukarester Deklaration beizutragen. Sie betonten erneut, daß eine vertragliche Verpflichtung aller Teilnehmerländer der gesamteuropäischen Staatenkonferenz, gegeneinander nicht als erste Kernwaffen anzuwenden, bedeutend zur Sicherung des Friedens beitragen würde. Diesem Ziel dient auch der Vorschlag, Handlungen zu unterlassen, die zur Ausweitung der bestehenden oder zur Schaffung neuer geschlossener Gruppierungen und militärpolitischer Bündnisse führen könnten.

Die Delegationen unterstrichen, daß die politische Entspannung nur stabilisiert werden kann, wenn sie durch Maßnahmen zur Einstellung des Wettrüstens und der Abrüstung ergänzt wird.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Bulgarien unterstützen die beharrlichen Anstrengungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken um den Abschluß eines neuen sowjetisch-amerikanischen Übereinkommens zur Begrenzung der strategischen Offensivwaffen auf der Grundlage der Vereinbarungen von Wladiwostok.